



EV.-LUTH. KIRCHENKREIS BRAMSCHE - KIRCHENKREISSYNODE - Ausschuss Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung -

Neun Themenschwerpunkte und Positionen als aktuelle Herausforderung

(Kurzfassung - Stand 23. September 2024 / Bearbeitung Uwe Schrader)

1. „Schöpfung bewahren - Klima schützen - Schwache stärken“ als Herausforderung und kirchliche Kernaufgabe verstehen und im Bewusstsein verankern

„Die Folgen des Klimawandels sind unmittelbar zu beobachten. Die ärmsten Länder unserer Welt haben am wenigsten dazu beigetragen, sind am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Der Klimawandel untergräbt Entwicklung, verschärft Armut und vertreibt Millionen von Menschen aus ihrer Heimat. Schon heute ist er eine der größten Fluchtursachen weltweit.“ (12. Synode der EKD auf der 3. Tagung in Magdeburg vom 3. bis 9. November 2016)

Unser Land trägt dabei besondere Verantwortung. Als ein Land, dessen industrielle Vergangenheit den bisherigen Klimawandel mit verursacht hat und noch weiterhin dazu beiträgt. Deutschland wird weltweit als *„Land der Energiewende“* wahrgenommen. Damit stehen wir vor der Herausforderung, dass konsequenter Klimaschutz und der sozialverträgliche Umbau eines komplexen Wirtschafts- und Energiesystems machbar und politisch gewollt sein muss.

Die Synode der EKD bittet sowohl die EKD als auch alle Gliedkirchen und Werke:

- wegen der Notwendigkeit des Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern, ihr Anlagekapital aus Branchen der fossilen Energieträgergewinnung und Energieerzeugung abzuziehen
- Projekte für Klimagerechtigkeit zu unterstützen und das Engagement für eine Begrenzung der globalen Erwärmung und für internationale Klimagerechtigkeit aktiv zu fördern.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD)

2. Impulsgebung für das Energiemanagementsystem „Das Grüne Datenkonto“ und für das Umweltmanagementsystem „Der Grüne Hahn“

„Energie einsparen - Betriebskosten senken - Klima schützen & Schöpfung bewahren“

Die Klimaschutzziele der Landeskirche geben vor, eine klimaneutrale Kirche zu werden. Nach den Vorgaben des Bundes-Klimaschutzgesetzes soll bis 2045 eine Treibhausgasneutralität erreicht werden. Beides bedingt deutliche Einsparungen bei den gebäudebedingten CO₂-Emissionen. Dabei sollen insbesondere die dauerhafte Senkung der Energieverbräuche sowie ein langfristiger Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger beitragen.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD)

3. „Fairer Handel für eine gerechte Welt - Projekt „Neue Erde“ e.V. in Bramsche und Aktion „Faire Gemeinde“

Projekt „Neue Erde“ e.V. in Bramsche

Die ganze Welt liegt auf unserem Esstisch, aber zu welchem Preis und auf wessen Kosten?

Kaffee, Tee, Kakao oder Bananen und andere exotische Obstgenüsse haben einen weiten Weg aus den sogenannten Entwicklungsländern hinter sich. Trotzdem sind diese Produkte hier bei uns spottbillig.

Die Leidtragenden sind die vielen Menschen in den Anbauländern, die unter unwürdigen Bedingungen arbeiten und für Ihre Arbeit keinen gerechten Lohn erhalten. Die Erlöse für ihre Ernteerträge sind so niedrig, dass nicht einmal die Produktionskosten gedeckt sind.

Die Existenz von unzähligen Kleinbauern- und Arbeiterfamilien ist bedroht. Für diese Mitmenschen setzt sich der Faire Handel ein.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte Fairer Handel)

Der gemeinnützige Verein Projekt „Neue Erde e.V.“ betreibt seit 1989 in Bramsche einen „Eine – Welt – Laden“. Hier sind ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt, die uns Waren aus Fairem Handel mit den Ländern des Südens anbieten.

Der Faire Handel zahlt den Menschen direkt faire Preise und verbessert die Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder. Der Druck auf die Erzeuger – möglichst billig zu produzieren – wird verringert und schafft so hochwertige Qualität.

Aktion „Faire Gemeinde“

Mehr als eine Milliarde Menschen auf der Erde leben am Rande des Existenzminimums. Rund 30.000 Menschen sterben täglich an Ursachen, die mit Armut und Hunger in Verbindung gebracht werden.

Ungerechte Welthandelsstrukturen geben den Ländern des Südens keine ausreichende Ernährungssicherheit und verhindern häufig eine existenzsichernde Produktion. Auch die Auswirkungen des raschen Klimawandels treffen besonders die, die am wenigsten dazu beigetragen haben, nämlich die Menschen im Süden.

Das Eintreten für weltweite Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung ist gemeinsamer Auftrag aller Christen. Als gelebte praktische Solidarität wird dieser Einsatz zu einem wichtigen Moment unserer kirchlichen Glaubwürdigkeit.

Mit dem Kauf- und Konsumverhalten in unseren Gemeinden und Institutionen können wir konkrete Beiträge leisten: zum Schutz unserer Umwelt und für gerechtere globale Lebensbedingungen.

Jede einzelne Gemeinde entscheidet durch ihren Einkauf und ihr Umweltverhalten mit darüber, welche Produkte wie hergestellt werden. Sie nimmt darauf Einfluss, ob die Produzenten in den südlichen Ländern einen fairen Preis für ihre Produktion erhalten, der ihnen und ihren Familien ein würdevolles Leben ermöglicht.

Eine Gemeinde handelt glaubwürdig und zukunftsorientiert als „Faire Gemeinde“, wenn sie eine Selbstverpflichtung eingeht.

Diese Selbstverpflichtung orientiert sich an sechs fairen und sechs ökologischen Kriterien, wobei mindestens fünf von der Gemeinde (zwei ökologische und drei faire oder umgekehrt) eingehalten werden müssen. Auch eigene Ideen können mit einfließen. Für die Teilnahme an der Aktion ist ein Beschluss des Kirchenvorstands Voraussetzung.

Wer mitmacht, wird „fairsiegelt“ und bekommt für das Engagement eine Auszeichnung in Form einer Urkunde.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD und Fairer Handel)

4. Interreligiöser Dialog

Aus der Abhängigkeit der Friedensfragen mit den Themen Gerechtigkeit, Freiheit und Bewahrung der Schöpfung lassen sich nach Carl Friedrich von Weizsäcker folgende Formulierungen ableiten: *„Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Frieden. - Keine Gerechtigkeit ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Gerechtigkeit. - Kein Friede unter den Menschen ohne Frieden mit der Natur. - Kein Friede mit der Natur ohne Frieden unter den Menschen.“*

Heute ist unübersehbar geworden, welche Fortsetzung diese Abhängigkeit braucht: „Kein Friede zwischen den Kulturen ohne Frieden und Toleranz zwischen den Religionen. - Kein Friede zwischen den Religionen ohne Frieden und Toleranz zwischen den Kulturen.“

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD)

Unsere Landeskirche

- setzt sich dafür ein, die ökumenische Gemeinschaft der Christenheit zu stärken. Sie arbeitet mit der römisch-katholischen Kirche und den anderen Kirchen in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zusammen.
- ist durch Gottes Wort und Verheißung mit dem jüdischen Volk verbunden und achtet seine bleibende Erwählung und seinen Dienst als Volk und Zeuge Gottes. Im Wissen um die Schuld der Kirche gegenüber Jüdinnen, Juden und Judentum sucht die Landeskirche nach Versöhnung und fördert die Begegnung mit Jüdinnen, Juden und Judentum und tritt jeder Form von Judenfeindlichkeit entgegen.
- sucht die Begegnung und den Dialog mit anderen Religionen und mit Weltanschauungen. Dabei strebt sie kritische Auseinandersetzung, interreligiöse Verständigung und gemeinsame Verantwortung für das Zusammenleben der Menschen an.

(Quelle: Kirchenverfassung 2020 der Landeskirche Hannover)

5. Nachhaltiger Umgang mit Kirchenfinanzen und Vermögen – Ethisch nachhaltige Geldanlagen

Martin Luther ermahnt uns in seinem Kleinen Katechismus, dass wir Gott lieben und vertrauen und gerne tun nach seinen Geboten. In seiner Erklärung zum 7. Gebot führt er aus: *"Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unsers Nächsten Geld oder Gut nicht nehmen noch mit falscher Ware oder Handel an uns bringen, sondern ihm sein Gut und Nahrung helfen bessern und behüten."*

In diesem Sinne soll sich auch unser Handeln im Bereich der Geldanlagen nicht im Widerspruch, sondern im Einklang mit Gottes Geboten und unserem kirchlichen Auftrag befinden. Der kirchliche Auftrag besteht in der Verkündigung des Evangeliums, im diakonischen Handeln und im Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung in dieser Welt.

Das Vermögen der Kirche dient dem Auftrag der Kirche. Es geht also nicht darum, vermögend zu sein, sondern etwas zu vermögen.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD)

6. Migration und Integration – Flüchtlingshilfe und Willkommenskultur

„Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matthäus 25,35)

Weltweit sind mehr als 123 Millionen Menschen (Stand Dez. 2023, UNHCR) weltweit auf der Flucht vor Konflikten, Gewalt, Armut, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung. Ende des Jahres 2021 lag die Zahl noch bei 90 Millionen Menschen.

Viele von ihnen machen sich mit großen Hoffnungen auch auf den Weg nach Europa. Hier anzukommen heißt aber leider nicht, in Sicherheit oder willkommen zu sein.

In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen.

Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.

Die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, ihre Integration und die Verhinderung von sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Spaltung sind eine Gemeinschaftsaufgabe.

Viele Flüchtlinge werden für lange Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben. Jeder Einzelne von ihnen muss als Mensch mit seinem Schicksal und seinen oft leidvollen Erfahrungen wahrgenommen werden.

„Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.“
(Levitikus 19, 33 f.)

Der Schutz des Fremden ist wesentlicher Bestandteil der jüdisch-christlichen Ethik. Dazu gehört das Bekenntnis zum Gebot der Nächstenliebe und zu den Menschenrechten.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD)

7. Botschaft der Denkmäler für den Frieden „Mahnern - Erinnern - Gedenken“

Denkmäler in den Gemeinden unseres Kirchenkreises sind Symbole der Erinnerungs- und Gedenkkultur und damit auch wesentliche Bedeutungsträger einer historischen Identität. Sie sind zugleich Ausdruck eines bestimmten Geschichtsbewusstseins und zeitgebunden. Die Denkmäler stehen für die Denkweisen und Werte des Zeitabschnitts, in dem sie errichtet wurden.

Sie tragen mit dazu bei, dass die Opfer von Krieg, Gewalt, Hass und Diktatur, von Flucht und Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten.

Die Denkmäler mit der Erinnerung an die Opfer sollen öffentliche Bewusstseins- und Meinungsbildung bewirken. Sie fordern uns auf aufmerksam zu sein und alles zu tun, um gegenwärtig und künftig Krieg, Gewalt und Hass zu verhindern.

Dazu gehört auch, mutig und öffentlich Stellung gegen Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung in Politik und Gesellschaft zu beziehen.

Allerdings werden Denkmäler oft nicht mehr verstanden oder auch abgelehnt. Der öffentliche Zuspruch nimmt ab und die mediale Wahrnehmung schwindet.

„Wie kurz ist unser Gedächtnis für den Schmerz des anderen, wie flüchtig unsere Erinnerung an das Leid, das wir nicht erlitten“ (Landesbischof Ralf Meister im Nov. 2018).

Spätestens jetzt, wo die Generation der Zeitzeugen und der unmittelbar Trauernden kaum noch unter uns ist, kommt der zeitgemäßen Ausgestaltung der Denkmäler eine neue Bedeutung zu. Es muss in einem zeitkritischen Zusammenhang erinnert und daran festgehalten werden, dass die Opfer nicht in Vergessenheit geraten.

Denkmäler sind und bleiben deshalb

- ein wichtiger Bestandteil eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der Vergangenheit und Gegenwart und die Basis für die Entwicklung einer friedlichen Kultur des Miteinanders
- ein Ausdruck der Trauer als auch Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden
- Orte der Erinnerung an die dunklen Seiten unserer Zeitgeschichte.

„Wie konnte die biblische Friedensbotschaft durch Krieg, Gewalt und Hass immer wieder zur Unkenntlichkeit verzerrt werden?“

Diese Frage bleibt innerhalb und außerhalb unserer Kirche für jedes Gedenken an Kriege, Kriegsursachen und Kriegsschuld, Gewalt und Hass aktuell.

(Quelle: Verlautbarungen und Texte der EKD und des VDK)

8. Dialog mit der Landwirtschaft als Bewahrung der Schöpfung (29. Juli 2021)

Die Dörfer und Bauernschaften in unserem Kirchenkreis sind landwirtschaftlich geprägt.

Viele Menschen und Familien leben in, mit und von der Landwirtschaft als Grundlage ihrer Existenz.

Die Situation der landwirtschaftlichen Familienbetriebe ist unmittelbar von einem tiefgreifenden Strukturwandel betroffen. So lastet auf vielen bäuerlichen Familienbetrieben der Entscheidungsdruck, sich durch stetiges Wachstum den hohen wirtschaftlichen Anforderungen anzupassen.

Das bedeutet, sich auf neue Richtlinien und Vorgaben umzustellen oder - was immer häufiger schweren Herzens geschieht - ganz aufzugeben.

Um diesen vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden, stehen wir auch in unserem Kirchenkreis vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Das alles kann nur gemeinsam mit den in der Landwirtschaft Tätigen und den Verbrauchern, aber auch mit der Futtermittelindustrie, der milchverarbeitenden Industrie sowie mit den Verbänden und politisch Verantwortlichen bewältigt werden.

Die Verantwortung für die Schöpfung ist zentraler Bestandteil im christlichen Denken. Sie ist darin begründet, dass der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist und in eine Schicksalsgemeinschaft mit allen Geschöpfen eingebunden ist.

Der Schöpfungsauftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, sie zu einem für alle bewohnbaren Lebensraum zu gestalten, muss in jeder Generation neu verstanden und umgesetzt werden.

Was braucht es, um dieser Verantwortung in Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden?

Am Erntedankfest wird in unseren Kirchengemeinden daran erinnert, dass das Leben auf dem Land in besonderer Weise von der Erkenntnis geprägt ist, angewiesen zu sein auf die Gaben der Schöpfung. Diese wohlgemeinte Thematisierung nur am Erntedankfest reicht nicht aus.

Im eigenen Selbstverständnis will sich der Kirchenkreis Bramsche für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen und sich dafür als „Wegbereiter und Werbeträger“ verstehen.

Es gilt, mit den Landwirten und deren Interessenvertretungen in einen dauerhaften Dialog zu treten, um gemeinsame Wege für die existenzbedrohenden Herausforderungen und für Nachhaltigkeit zu finden.

(Quelle: Konzept Kirchenkreis Bramsche „Kirche im Dialog 2023 - 2028“)

9. „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ (23. März 2023)

"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein" - Auf dieses gemeinsame Bekenntnis haben sich 1948, drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, die Gründungsmitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen auf ihrer ersten Vollversammlung verständigt.

In Europa war es, mit dem Ende des schrecklichen Weltkriegs 1945, in den Jahrzehnten danach ruhiger geworden. Gekämpft, gelitten, gestorben, gemordet, zerstört, vernichtet und die Menschenwürde missachtet wurde in über 200 Kriegen, Bürgerkriegen und Konflikten mit mehr als 40 Millionen Opfern anderswo auf unserer Erde.

Es schien so, als hätten zumindest die Staaten Europas miteinander beschlossen: So etwas darf nie wieder geschehen. Friedensverträge, Versöhnungs- und Abrüstungsabkommen wurden beschlossen.

Doch dann kehrte der Krieg auf den Balkan und in die Ukraine auf unseren Kontinent zurück. Mit Tod und Verderben. Im Osten der Ukraine, mitten in Europa, herrscht seit dem 24. Februar 2022 wieder Krieg. Menschen töten Menschen. Städte und Dörfer werden unbewohnbar. Das Leid derjenigen, die in ihrer Heimat ausharren, ist unvorstellbar.

Krieg gibt dem Leben keinen Sinn. Er ist sinnlos. Er vernichtet Leben, zerstört Existenzen und legt lebenslang dunkle Schatten über die Seele der Menschen. Er bricht auch nicht irgendwie von selbst aus. Er entsteht nicht von selbst. Er ist von Menschen gewollt, vorbereitet und wird von Menschen gemacht und geführt.

*"Gott ist ein Gott des Friedens. Ein Gott des Miteinanders, nicht des Gegeneinanders.
Er hat uns einen Kopf und ein Herz gegeben, damit wir Wege finden,
um zu verhindern, dass Menschen getötet werden."*

Wie können wir in seinem Namen zu Friedensstifterinnen und Friedensstiftern werden?

Wir können dagegenhalten, wenn der Krieg schöngeredet oder verharmlost wird!

Wir können dem Frieden das Wort reden, damit Menschen „in Frieden“ weiterleben können!

Wir können uns an die Seite der Opfer stellen, wo immer es geht!

Wir können Politikerinnen und Politiker auffordern, alles zu tun, was dem Frieden dient!

"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Um der Menschen willen soll Frieden sein."

"Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen." Matthäus 5,9

(Quelle: Zusammenfassung verschiedener Veröffentlichungen der EKD)

Kontakt und Ansprechpartner für die vollständige Fassung der Themenschwerpunkte:

Uwe Schrader (St. Marienkirchengemeinde Ueffeln Neuenkirchen Merzen)

- Stv. Ausschussvorsitzender -

Prozessionsweg 34, 49586 Merzen

Tel. 05466 – 15 09

E-Mail: uwe.schrader69@outlook.com